

Erfolgsfaktor Gleichstellung

Gemeinsamer Appell für eine moderne und zukunftsgerichtete Gleichstellungspolitik

Berlin, 13.3.2025

Sehr geehrte Damen und Herren in den Arbeitsgruppen,

Deutschland steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Die kommenden Jahre erfordern kluge wirtschaftspolitische Entscheidungen, um Wohlstand zu sichern, dem demographischen Wandel zu begegnen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in all ihrer Vielfalt, mit unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensmodellen – nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit, sondern als ökonomische Notwendigkeit.

Stillstand können wir uns nicht länger leisten

Trotz Fortschritten in Sachen Gleichstellung klaffen zwischen Frauen und Männern noch immer erhebliche Lücken: Im Durchschnitt verdienen Frauen 16 Prozent weniger als Männer. Frauen leisten 44 Prozent mehr unbezahlte Sorgearbeit, wöchentlich entfallen dafür im Durchschnitt sieben Stunden weniger auf Erwerbsarbeit. Laut einer DGB-Studie kann mehr als die Hälfte der abhängig beschäftigten Frauen ihren Lebensunterhalt langfristig nicht eigenständig sichern. Das hat gravierende Folgen für ihre Altersversorgung: Frauen bekommen laut Alterssicherungsbericht 43 Prozent weniger Rente als Männer.

Mit dem aktuellen „Tempo“ wird Gleichstellung dem Global Gender Gap Report 2024 zufolge erst in 134 Jahren in Deutschland verwirklicht sein. Das wirkt sich negativ auf den Wirtschaftsstandort Deutschland aus. Das kann sich eine moderne Volkswirtschaft nicht leisten.

Der Preis der Ungleichheit

Deutschland hat sich mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen verpflichtet, die Gleichstellung von Frauen und Männern bis 2030 zu verwirklichen. Dazu gehörten neben der Beseitigung struktureller Benachteiligungen die gerechte Verteilung unbezahlter Sorgearbeit, die faire Teilhabe im Erwerbsleben, eine eigenständige Existenzsicherung, sowie der gleiche Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen, politischer Gestaltung und Führungspositionen.

Mehr Gleichstellung hat enormes Potential

Belegt ist das enorme Wachstumspotenzial einer stärkeren Erwerbsbeteiligung von Frauen in zahlreichen Studien: Die Beseitigung geschlechtsspezifischer Unterschiede bei Beschäftigung und Unternehmertum könnte laut einer Studie der Weltbank aus dem Jahr 2024 das globale Bruttoinlandsprodukt um mehr als 20 Prozent steigern, die globale Wachstumsrate könnte sich in den kommenden zehn Jahren verdoppeln. McKinsey und die Initiative Chef:innensache haben ermittelt, das deutsche BIP könnte um mehr als 420 Milliarden Euro steigen. Weitere Studien zeigen: Der Ausbau von Kinderbetreuung und Pflegeinfrastruktur trägt entscheidend dazu bei, die Erwerbsquote von Frauen und damit ihren Beitrag zum Bruttosozialprodukt zu erhöhen - und führt langfristig sogar netto zu Mehreinnahmen des Staates.

Investitionen in die Gleichstellung sind Investitionen in die Zukunft

Eine wirksame Gleichstellungspolitik ist eine Investition in die Zukunft. Sie sorgt für Wohlstand, sichert den Standort Deutschland und trägt zur sozialen Stabilität bei. Die Implementierung von Gleichstellung als Leitprinzip in allen Politikfeldern – orientiert an den Grundsätzen Rechte, Ressourcen und Repräsentanz – sowie die Weiterentwicklung der ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie und ein gestärktes Familien- und Gleichstellungsministerium sind dafür unerlässlich. Gleiches gilt für die Parität in Führungspositionen und Parlamenten. Gewalt gegen Frauen muss endlich beendet, eine vielfältige und engagierte Zivilgesellschaft gefördert werden.

Wir tun unserer Gesellschaft keinen Gefallen, wenn wir die Potenziale und Talente von Frauen ignorieren und Gleichstellung weiter verschleppen. Es mangelt nicht an Wissen – sondern an der Umsetzung. Deshalb muss der Koalitionsvertrag – anders als das Sondierungspapier – Gleichstellung ausdrücklich zum Thema machen und mit konkreten Vorhaben unterlegen. Sonst wird die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern erneut auf die lange Bank geschoben. Die Erfahrung zeigt, dass ohne verbindliche gesetzliche Vorgaben im besten Fall Stillstand herrscht und keine Fortschritte zu erzielen sind. Dies gilt insbesondere für Lohngerechtigkeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Parität in Führungspositionen und den Parlamenten und der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt.

Gern stehen wir für weitere Handlungsvorschläge und Gespräche bereit.

Mit freundlichen Grüßen

Die Unterzeichnenden

In alphabetischer Reihenfolge:

Aktionsbündnis muslimischer Frauen e.V. – Gabriele Boos-Niazy, Vorstandsvorsitzende
Anwältinnen im Deutschen Anwaltverein e.V. – Christina Dillenburg, Vorsitzende
Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. (AKF) –
Juliane Sim, Vorsitzende

Berliner Erklärung – Monika Schulz-Strelow, Sprecherin
BPW Germany e.V. – Birte Siemonsen, Präsidentin
Bücherfrauen e.V. – Marianne Eppelt, Vorsitzende
Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen – Luisa
Arndt, Sprecherin
Bundeskonzferenz der Frauen und Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen e.V. –
Michaela Froberg, Vorstand
Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V. – Ceyda Tutan, Vorsitzende
Bundesverband Vereinbarkeit – Nicole Beste-Fopma, Vorsitzende

dbb bundesfrauenvertretung – Milanie Kreutz, Vorsitzende
Deutscher Akademikerinnenbund e.V. – Manuela B. Queitsch, Präsidentin
Deutscher Ärztinnenbund e.V. – Dr. Christiane Groß, Präsidentin
Deutscher Frauenrat e.V. – Dr. Beate von Miquel, Vorsitzende
Deutscher Frauenring e.V. – Gudula Hertzler-Heiler, Mitglied des Präsidiums
Deutscher Gewerkschaftsbund – Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende
Deutscher Hebammenverband e.V. – Ulrike Geppert-Orthofer, Präsidentin
deutscher ingenieurinnenbund e.V. – Editha Nentzl, Vorstand
Deutscher Juristinnenbund e.V. – Ursula Matthiessen-Kreuder, Präsidentin
Deutscher LandFrauenverband e.V. – Petra Bentkämper, Präsidentin

Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin, EAF Berlin e.V. – Kathrin
Mahler Walther, Vorsitzende
European Women's Management Development Network e.V. – Anke Rohfleisch, Präsidentin
Evangelische Frauen in Deutschland e.V. – Angelika Weigt-Blätgen, Vorsitzende

FidAR Initiative für mehr Frauen in die Aufsichtsräte e.V. – Prof. Dr. Anja Seng, Präsidentin
FIM – Frauen im Management e.V. – Carmen Wittmer, Vorsitzende
FRAUEN100 – Janina Hell und Felicitas Karrer, Gründerinnen
Frauen in Naturwissenschaft und Technik NUT e.V. – Dagmar Heymann, Vorstand

Jüdischer Frauenbund in Deutschland e.V. – Cornelia Maimon Levi, Vorsitzende

Journalistinnenbund e.V. – Friederike Sittler, Vorsitzende

Katholischer Deutscher Frauenbund e.V. – Dr. Monika Arzberger, Vizepräsidentin

LesbenRing e.V. – Constanze Körner, Vorstandin

Mother Hood e.V. – Katharina Desery, Vorstand

Pro Quote Bühne e.V. – Regina Busch, Vorstand

Pro Quote Film e.V. – Michaela Marmulla, Vorstandsvorsitzende

PROUT AT WORK Foundation – Albert Kehrer, Vorstand

Soroptimist International Deutschland – Manuela Nitsche, Präsidentin

Sozialdienst muslimischer Frauen e.V. – Ayten Kılıçarslan, Bundesvorsitzende

UN Women Deutschland e.V. – Elke Ferner, Vorsitzende

Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. – Daniela Jaspers, Bundesvorsitzende

Verband berufstätiger Mütter e.V. (VBM) – Cornelia Spachholz, Vorstandsvorsitzende

Verband der Unternehmerinnen in Deutschland e.V. – Evelyne de Gruyter, Geschäftsführerin

Verband der ZahnÄrztInnen plus e.V. – Dr. Anke Klas, Präsidentin

webgrrls.de e.V. – Sandra Becker, Vorstand

Working Moms – Pro Kinder Pro Karriere e.V. – Clara Gruitrooy, Vorsitzende

Zusammenschlüsse auf kommunaler und Landesebene:

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V. – Ruth Wagner, Sprecherin

FrauenRat NRW e.V. – Murielle Guéguen, Vorsitzende

Landesfrauenrat Bremen e.V. – Antje Jess, Vorsitzende

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. – Dr. Barbara Hartung, Vorsitzende

Stadtbund Münchner Frauenverbände e.V. – Maryam Giyahchi, Vorsitzende

Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Berlin – Dr. Dagmar Löttgen, Vorsitzende

Sachverständige:

Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Soziologin